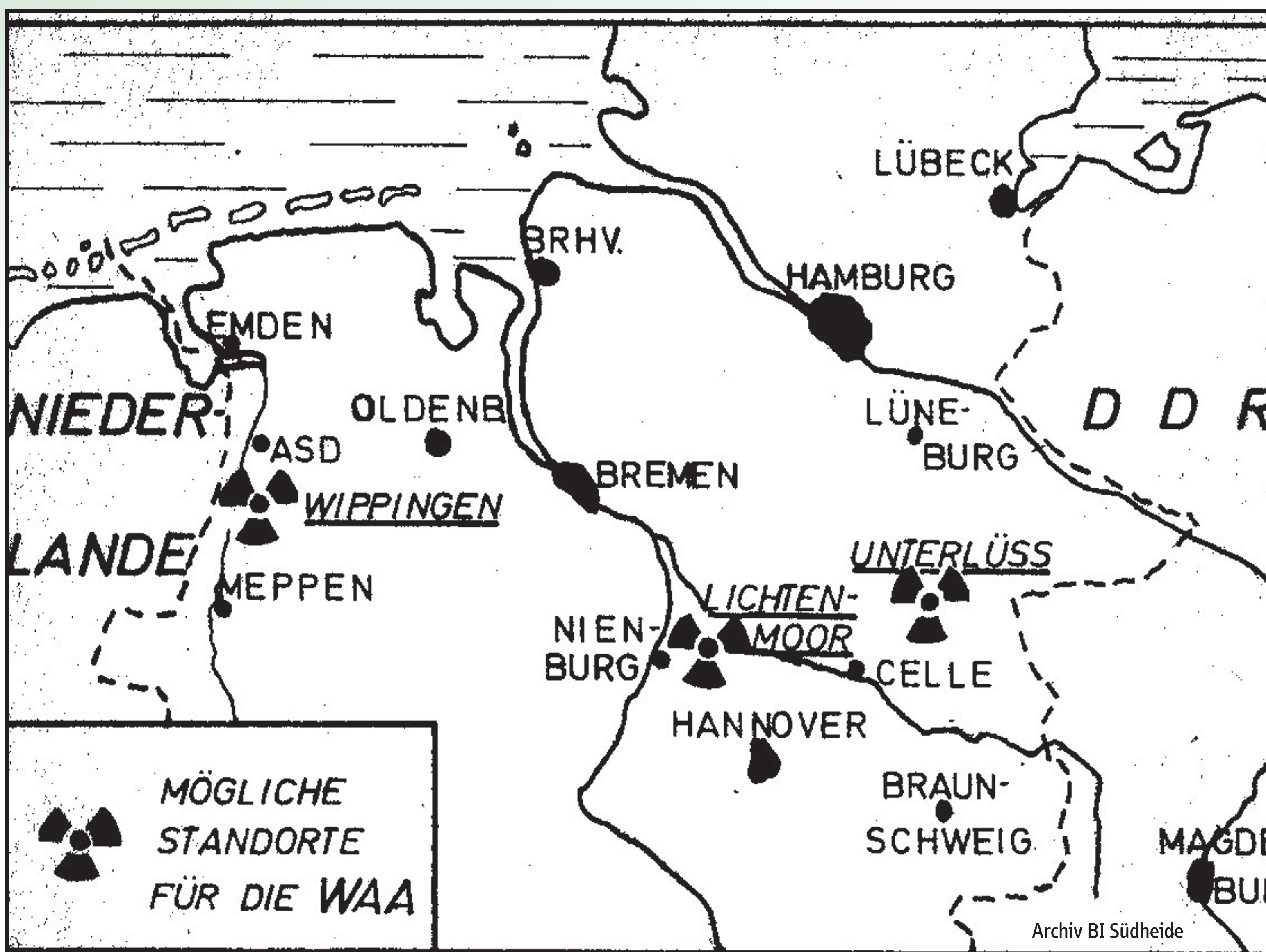


Auslöser des Widerstandes

40 Jahre
BI SÜDHEIDE

1973–1975: Im Auftrag der Niedersächsischen Landesregierung führt die KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft) eine Standortsuche für eine Wiederaufbereitungsanlage und ein Atommüllendlager in Niedersachsen durch.

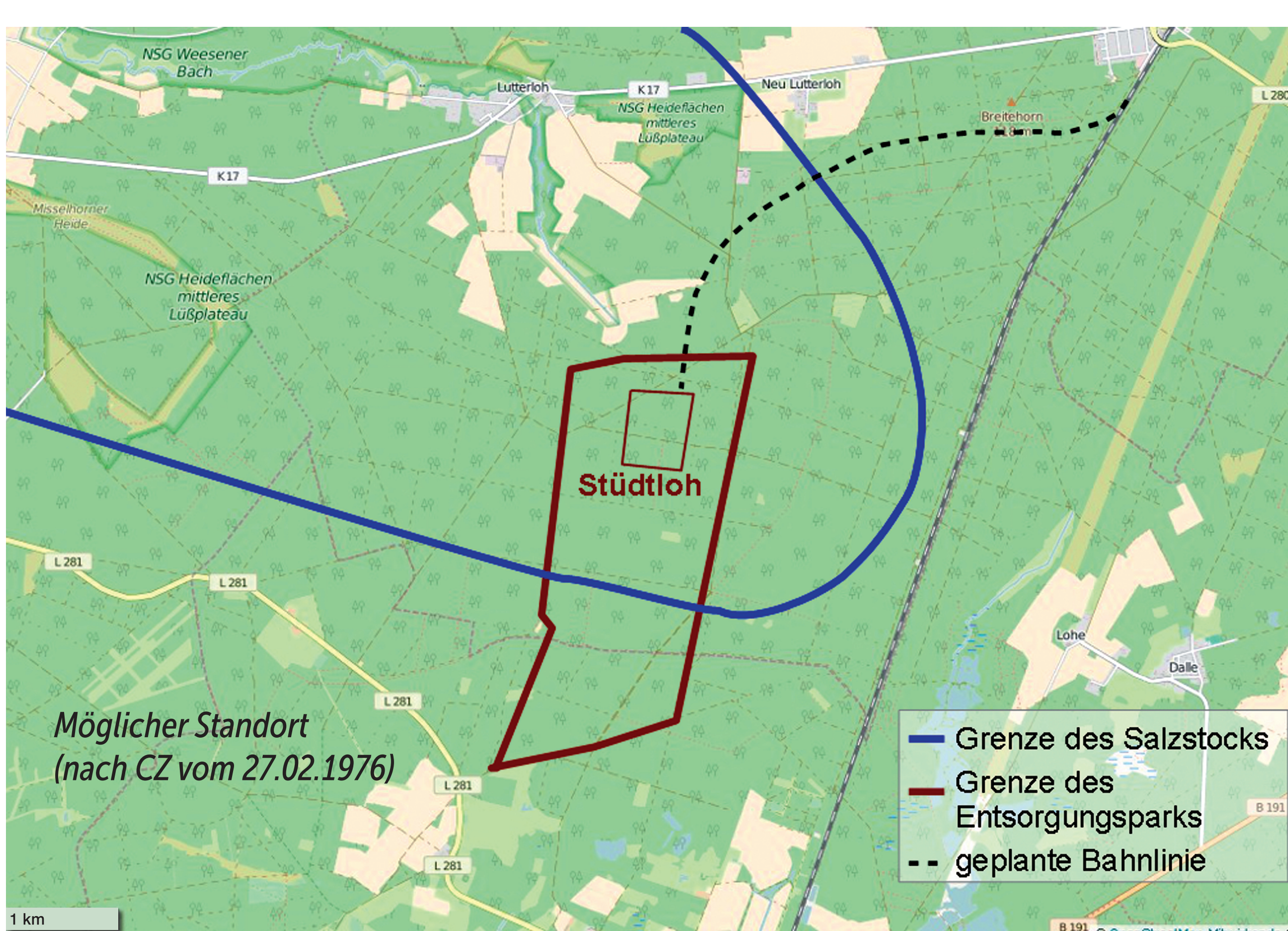


Am **21. Februar 1976** berichtet die Hannoversche Allgemeine Zeitung, dass drei mögliche Standorte ausgewählt worden sind: neben Wipplingen im Emsland und Lichtenmoor bei Nienburg auch das Waldgebiet „Stüdtloh“ nahe Lutterloh bei Unterlüß.

1976
Auslöser des Widerstandes

1976

1977



Die Kriterien bei der Auswahl des „Entsorgungsparks“ sind:

- unterirdisches Salzvorkommen
- Eisenbahnanschluss in der Nähe
- geringe Bevölkerungsdichte
- geringes Arbeitsplatzangebot
- günstige Flächen

Am **30. März** werden die Gemeindeverwaltungen in Hermannsburg und Unterlüß sowie die Kreisverwaltung in Celle offiziell vom Niedersächsischen Wirtschaftsministerium informiert.

1979

Auf Einladung von Dr. Albrecht Schack und Hans-Peter Schiebe treffen sich am **20. Mai 1976** Bürger, um Möglichkeiten des Widerstands zu erörtern. 38 Interessierte schließen sich am **28. Mai** zu der „Bürgerinitiative Südheide gegen die Gefahren der Kernenergie“ zusammen. Auf ihrem Treffen beschließen sie eine Vereinsgründung mit vorläufigem Vorstand und bilden Arbeitsgruppen, unter anderem einen „Ausschuss für einen Neuen Lebensstil“ und einen „Aktionsausschuss“. Diese neue Form des zivilgesellschaftlichen Engagements wählen sie, da alle in Land und Bund regierenden Parteien (CDU, SPD, FDP) die Atomkraft befürworten.



Bereits am **17. Juni** beginnen Probebohrungen bei Lutterloh. Auf Experten-Anhörungen in Unterlüß und Hermannsburg garantieren Regierungsvertreter und Betreiber die absolute Sicherheit der Anlagen und betonen die völlige Ungefährlichkeit des Betriebes. Investitionen von 5 Milliarden DM, 3.600 Arbeitsplätze und ein jährliches Steueraufkommen von 97 Millionen DM werden als positive Aspekte herausgestellt.

Die offizielle Vereinsgründung der „Bürgerinitiative Südheide für den Schutz vor Kernenergiegefahren e.V.“ erfolgt am **16. August**. In basisdemokratischer Tradition sind die Arbeitsgruppen stark an den Entscheidungsprozessen beteiligt. Dem Vorstand gehören an: als 1. Vorsitzender der Hetendorfer Frederik von Bothmer, als stellvertretender Vorsitzende Dr. Helmut Werner aus Unterlüß und die Hermannsbürgerin Erika Müller-Dierdorf sowie Karl Habenicht, Dr. Jürgen Ganzer, Volker Maschmeyer und Dr. Albrecht Schack.



Mitgliedsausweis der BI Südheide

Am **18. August** setzt der Niedersächsische Wirtschaftsminister Walther Leisler Kiep die Probebohrungen an den Standorten aus, „weil die Bevölkerung bei deren Beginn noch nicht ausreichend informiert gewesen sei.“ Dennoch kündigt Ministerpräsident Ernst Albrecht am **11. November** eine Standortentscheidung „in den nächsten Wochen“ an.

1980

1983

1986

„Wir sehen in der geplanten Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage und einer Atommülldeponie [...] einen Verstoß gegen das [...] Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Da es unser Ziel ist, Leben zu schützen und nicht zu verletzen, sind wir entschlossen, der Gewalt, die uns mit der Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage und einer Atommülldeponie zugefügt wird, so lange gewaltlosen Widerstand entgegenzusetzen, bis unser Ziel erreicht ist.“
Beschluss der ersten Mitgliederversammlung am **13. Dezember 1976**.

Eine Resolution von Martin Koepsell und Volker Maschmeyer für eine Besetzung des Bauplatzes findet keine Mehrheit unter den BI-Mitgliedern.

1995

2006



... die Aufgabe bleibt! ↓

2016